



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 10.11.2023 bis 17.11.2023

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Aufrechterhaltung der Verbesserungen	4
Ägypten: ICC-Bericht über historische und moderne Verfolgung von Christen	5
Algerien: Verfolgung algerischer Christen	6
Burundi: Aus der katholischen Bischofskonferenz	7
China: Neue Kirche nach Missionar und Märtyrer benannt	8
Deutschland: Antisemitismus bedroht uns alle	9
Deutschland: CSU-Politiker - Erschreckendes Ausmaß der Christenverfolgung	10
Deutschland: Einsatz für Religionsfreiheit steht bei der Ampel „nicht weit oben“	11
Deutschland: Gebet für Israel immer sonntags 20:23 Uhr	12
Deutschland: Gewalt gegen Kirchengemeinde in Fürstenwalde	13
Deutschland: Junge Union Hessen fordert - Ditib raus aus den Schulen!	14
Deutschland: Mahnwache für Geiseln der Hamas	15
Finnland: Räsänen und Pohjola freigesprochen	16
Indien: „Dalit Liberation Sunday“	17
Iran: Friedensnobelpreisträgerin im Hungerstreik	19
Iran: Hinrichtung eines Sunniten nach 14 Jahren Haft	20
Iran: Verschärfte Verfolgung der Bahá'í-Frauen	21
Israel und Palästinensische Gebiete: Die Situation der Christen	22
Israel: Massaker vom 7. Oktober	24
Israel: Unterstützung und Gebet	25
Jordanien: Öffentliche Weihnachtsfeiern wegen Gaza-Krieg abgesagt	27
Kardinal Ranjith: „Die Lage im Land ist schwierig,	28
Kirgisistan: Haftstrafe wegen „Anstachelung zu religiöser Feindschaft“	29
Nepal: Erste Verurteilung nach Konversions-Verbot in der neuen Verfassung	30
Österreich: Die Welt in Rot für verfolgte Christen	32
Sri Lanka: „Ich liebe Jesus, aber ich will auch meinen Vater zurück!“	33
Togo: Ministerium für Jugend warnt vor Drogenkonsum in Schulen	34
Vietnam: Montagnard-Kirchenmitglieder freigelassen	35
Weltweit: 12. November - Weltweites Gebet für verfolgte Christen	36

Ägypten: Aufrechterhaltung der Verbesserungen

Der Grundstein für zwei neue Kirchengebäude in Oberägypten wurde gelegt. Bis der Präsident des Landes die seit langem bestehenden antichristlichen Gesetze aufgehoben hat, war ein solcher Bau nicht möglich. Der Präsident hat auch die Registrierung von Kirchen erlaubt, die es ihnen ermöglicht, dringend benötigte Reparaturen an alten Gebäuden vorzunehmen. Bisher wurden 3.189 der 3.730 Kirchen, die einen Antrag gestellt hatten, registriert. Die Kirche in Ägypten hat heute mehr Freiheit als die Kirche früherer Generationen.

Barnabas Fund aus Bridgeway Publications /übersetzt und bearbeitet AKREF

Ägypten: ICC-Bericht über historische und moderne Verfolgung von Christen

International Christian Concern - ICC hat einen Bericht veröffentlicht, der den Einfluss und die Präsenz des Christentums in Ägypten seit Tausenden von Jahren, insbesondere des koptischen Christentums, und die Art der Verfolgung, der diese historische Gemeinschaft ausgesetzt war, detailliert beschreibt.

Da das koptische Christentum fast zwanzig Jahrhunderte alt ist, hat es seit seinen Anfängen fast ununterbrochen unter Verfolgung gelitten - und wir erleben diese Verfolgung auch heute noch. Die Berichte über die Verfolgung seit dem ersten Jahrhundert haben "fast das Ausmaß eines Völkermords" erreicht und machen die Kopten zur meistverfolgten ethnisch-religiösen Glaubensgemeinschaft der Weltgeschichte.

Der Bericht hebt Berichte über die Verfolgung in Ägypten hervor, von der Zeit der römischen Herrschaft bis zur islamischen Eroberung Ägyptens und sogar unter der heutigen Führung von Präsident Sisi. Kopten wurden durch Ungerechtigkeit und äußerst unmenschliche Übergriffe schwer gezeichnet, die sowohl in den biblischen als auch in den heutigen Berichten über die Christenverfolgung eine zentrale Rolle spielen - und so sehen wir in diesen verfolgten Gesichtern die Gesichter von Paulus und den anderen Märtyrern, die die christliche Geschichte überliefert.

Der Bericht beleuchtet auch zwei Bereiche, die für die laufende Arbeit von International Christian Concern (ICC) und unseren Partnern in Ägypten relevant sind: Bildung und die Zerstörung religiöser Stätten. Diese Bereiche sind für ICC von unmittelbarem Interesse. Im Jahr 2017 haben wir unsere Initiative zur Armutsbekämpfung und zur Bereitstellung von Bildung, Hope House, ins Leben gerufen und in Zusammenarbeit mit lokalen christlichen Gemeinschaften unterstützen wir diese bei der Wiederherstellung und Verhinderung von Sachschäden an kirchlichen Einrichtungen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Algerien: Verfolgung algerischer Christen

durch den Krieg im Nahen Osten verschärft

International Christian Concern - Die algerische Regierung setzt ihr hartes Vorgehen gegen Kirchen in dem nordafrikanischen Land mit 42 Millionen Einwohnern fort. Hauskirchen dürfen nur noch maximal zehn Personen pro Versammlung umfassen.

Im vergangenen Jahr 2022 wurden in Algerien mindestens 16 Kirchen geschlossen, eine Fortsetzung der Schließungen seit den COVID-19-Schließungen im Jahr 2020. Regierungsbeamte haben Hauskirchenversammlungen auf zehn Personen begrenzt, und mehrere algerische Kirchenführer wurden diese Woche zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Das Leben der algerischen Christen ist seit dem Hamas-Israel-Krieg noch schwieriger geworden. Die algerische Regierung betrachtet sie als Unterstützer Israels in diesem Konflikt und als ausländische und westliche Einflüsse, die die islamische nationale Einheit des Landes untergraben.

Algeriens größter regionaler Rivale, Marokko, normalisierte seine Beziehungen zu Israel im Rahmen des von den USA geführten Abraham-Abkommens im Jahr 2020. Dies geschah im Gegenzug für die Anerkennung des marokkanischen Gebietsanspruchs auf die Westsahara durch die USA - ein regionaler Konflikt zwischen Marokko und Algerien.

Die Lage der Christen in Algerien ist noch komplizierter, da die Mehrheit der algerischen Christen der ethnischen Gruppe der Kabylen angehört, in der es eine separatistische Bewegung gegen die algerische Zentralregierung gibt.

Das Recht der algerischen Christen, sich friedlich zu religiösen Versammlungen zu versammeln, muss auch bei politischen Unruhen gewahrt bleiben. Das Christentum in Algerien hat eine lange Geschichte, und die algerische Regierung muss zwischen der friedlichen Ausübung des Glaubens der algerischen Christen und den politischen Bewegungen in der Region unterscheiden.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Burundi: Aus der katholischen Bischofskonferenz

"Am 3. Oktober wurde ein weiterer Schritt in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat unternommen"

Bujumbura (Fides) - "Dies ist ein weiterer Schritt, mit dem der Staat die Bedeutung der Kirche anerkennt", sagt der Erzbischof von Gitega und Vorsitzende der Bischofskonferenz von Burundi, Bonaventure Nahimana, im Gespräch mit Fides. Am 3. Oktober wurden in Burundi eine gemeinsame Kommission und sechs Unterausschüsse eingesetzt, um Vereinbarungen zwischen der Bischofskonferenz von Burundi und der Regierung von Bujumbura zu Fragen von gemeinsamem Interesse auszuarbeiten. Im Interview mit Fides rekonstruiert Erzbischof Nahimana die Entstehung dieser Vereinbarungen.

Was bedeutet der im Oktober vollzogene Schritt zwischen Kirche und Staat?

Man muss von dem Rahmenabkommen zwischen der Republik Burundi und der katholischen Kirche ausgehen, das am 6. November 2012 unterzeichnet wurde, das einen rechtlichen Rahmen für die Aktivitäten der Kirche bietet und die Beziehungen zwischen Staat und Kirche regelt. Dieses Abkommen sieht vor, dass später Vereinbarungen zu seiner Umsetzung ausgearbeitet werden müssen. Wir sind im Dialog mit der Regierung geblieben und setzten schließlich Unterkommissionen ein, um Fragen von gemeinsamem Interesse zu untersuchen, bei denen Staat und Kirche zusammenarbeiten. Diese Kommissionen haben am 3. Oktober ihre Arbeit aufgenommen. Sobald sie ihre Arbeit abgeschlossen haben, werden ihre Ergebnisse der Bischofskonferenz und der Regierung zur Prüfung vorgelegt, und dann werden die Vereinbarungen unterzeichnet werden.

Können Sie uns sagen, auf welche Themen sich die Unterkommissionen konzentrieren?

Es handelt sich um Vereinbarungen über öffentliche Vereinigungen von Gläubigen, denn die Rahmenvereinbarung garantiert den Gläubigen das Recht, sich zur Ausübung ihrer Sendung zusammenzuschließen. Des Weiteren gibt es ein Übereinkommen über die Bildung, denn die katholische Kirche engagiert sich seit Beginn der Evangelisierung für die Bildung. Die Kirche verfügt über ein ausgedehntes Netz von Kindergärten, Grund- und weiterführenden Schulen und prüft derzeit die Eröffnung einer katholischen Universität.

Eine weitere Vereinbarung betrifft das Gesundheitswesen, denn auch in diesem Bereich hat sich die Kirche seit Beginn der Evangelisierung stark engagiert und Gesundheitseinrichtungen und Krankenhäuser gegründet. Eine weitere Vereinbarung befasst sich mit Fragen der Seelsorge, z. B. mit der besonderen Seelsorge für die Gläubigen in den Streit- und Sicherheitskräften, für die Gefangenen in den Gefängnissen, für die stationären Patienten in den Krankenhäusern und deren Pfleger sowie für die Studenten und Lehrer in den öffentlichen und staatlichen Schulen.

Außerdem gibt es eine Vereinbarung über die menschliche Entwicklung und die soziale Unterstützung, denn die katholische Kirche setzt sich für die Armen und Bedürftigen ein. Diese Vereinbarung betrifft die Berufsausbildung junger Menschen, die Verbesserung der Lebensbedingungen, einschließlich landwirtschaftlicher Projekte. Schließlich gibt es noch eine Vereinbarung, die das vom Staat konfiszierte Kircheneigentum regelt: Es geht nun darum, zu klären, wie dieses Eigentum im Interesse des Gemeinwohls zurückgegeben werden kann. Mit diesen Abkommen wird also anerkannt, was die Kirche in Burundi tut, und der Staat erkennt die Bedeutung der Kirche an.

Mehrere Vereinbarungen betreffen die kirchliche Arbeit engagierter Laien ...

Wie ich bereits sagte, betrifft eine der Absichtserklärungen zwischen dem Staat und der Kirche die Laienvereinigungen, die in Burundi zahlreich und von unterschiedlicher Art sind (karitativ und apostolisch). So sind zum Beispiel die Katholische Aktion und die mit ihr verbundenen Bewegungen sehr aktiv. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Vereine, die sich um Kranke und Bedürftige kümmern, und wir möchten, dass sie von den staatlichen Gesetzen anerkannt und garantiert werden. (L.M.) (Fides 16/11/2023)

China: Neue Kirche nach Missionar und Märtyrer benannt

Gedenken an die Bekenner des Glaubens

Shanghai (Fides) - Die katholischen Gemeinden Chinas halten das dankbare Andenken an die missionarischen Märtyrer hoch, die ihr Leben geopfert haben, um das Evangelium in ihrem Land zu verkünden. Die heutigen chinesischen Katholiken folgen ihren Spuren, indem sie sich in der Gegenwart zum Glauben an Christus bekennen, und sie bringen ihre Dankbarkeit auch dadurch zum Ausdruck, dass sie neue Kirchen nach ihnen benennen und in liturgischen Feiern an sie erinnern.

Am vergangenen Donnerstag, dem 9. November, wurde in Jintang in der Diözese Ningbo (Provinz Zhejiang) eine neue Kirche eingeweiht, die nach dem heiligen Jean-Gabriel Perboyre, dem französischen Lazaristen, der am 6. Januar 1802 in Montgesty geboren wurde und am 11. September 1840 in Wuchang den Märtyrertod erlitt, benannt ist.

Die neue Kirche, in der die Reliquien des Missionars und Märtyrers aufbewahrt werden, hat eine Fläche von fast 8.000 Quadratmetern und wurde für 1.778.433 Euro gebaut. Während der Einweihungsliturgie, die von Bischof Francis Xavier Jin Yangke geleitet wurde, wurden acht Katechumenen getauft und elf Getaufte empfingen das Sakrament der Firmung. In seiner Predigt nahm Bischof Jin Bezug auf den Bau und die Einweihung des neuen Gotteshauses und lud alle ein, die neue Kirche mit Freude und im Geiste der Teilnahme zu besuchen, "um Gott, den Vater, anzubeten" und darum zu bitten, dass ihre eigenen Herzen in eine „Wohnung“ des Herrn verwandelt werden.

Am 9. November weihte Bischof Joseph Shen Bin außerdem eine neue Kirche in Shanghai ein, die zum Mittelpunkt der pastoralen Arbeit im südlichen Teil der Diözese werden soll. Während der Einweihungsliturgie der Kirche, die nach der Jungfrau Maria benannt ist, erinnerte Bischof Shen Bin wiederholt an den 390. Todestag von Paul Xu Guangqi (Shanghai, 24. April 1562 - Peking, 8. November 1633), der von dem großen Jesuitenmissionar Matteo Ricci getauft wurde.

Über neunzig Priester und mehr als zweitausend Gläubige nahmen an dem Gottesdienst unter dem Vorsitz von Bischof Shen Bin teil. Während der Liturgie erneuerten vier Schwestern der Diözesankongregation der Darstellung Unserer Lieben Frau ihr Gelübde. An der Zeremonie nahmen auch Beamte der Behörden Religionswissenschaftler teil. Am Ende seiner Predigt forderte Bischof Shen alle auf, "dieses schöne Heiligtum mit einem dankbaren Herzen zu nutzen, zu bauen und zu verwalten".

(NZ) (Fides 13/11/2023)

Deutschland: Antisemitismus bedroht uns alle

Demo in Bremen: Evangelische Kirche bekundete Solidarität mit Juden

Bremen (IDEA) – Antisemitismus richtet sich nicht nur gegen Juden, sondern bedroht alle Bürger der freien und demokratischen Gesellschaft. Das sagte der Schriftführer (Leitende Geistliche) der Bremischen Evangelischen Kirche, Pastor Bernd Kuschnerus, bei einer Solidaritätsdemonstration für die Opfer des Terrorangriffs der Hamas auf Israel. Bei dem Angriff waren über 1.400 Menschen ermordet und über 240 Zivilisten als Geiseln verschleppt worden. An der Veranstaltung auf dem Marktplatz vor der Bremischen Bürgerschaft nahmen rund 300 Bürger teil. Ein Bündnis von 14 zivilen Organisationen hatte dazu aufgerufen. Darunter waren neben bremischen Kirchen auch die Deutsch-Israelische Gesellschaft, Parteien und Gewerkschaften. In seiner Ansprache sagte Kuschnerus: „So viele unschuldige Zivilpersonen sind von diesen grauenhaften Taten betroffen. Bedenkenlos setzt der Terror der Hamas auch das Leben der palästinensischen Bevölkerung aufs Spiel, die unter dem Krieg furchtbar leidet.“ Überall säe die Hamas mit ihrem Terror Hass und Zwietracht. Dieses Ziel dürfe sie nicht erreichen. Es sei „unerträglich“, dass jüdische Familien in Bremen derzeit wieder Angst hätten, im Stadtbild erkennbar zu sein. Weiter sagte Kuschnerus, jüdische, christliche und muslimische Gemeinschaften der Stadt seien derzeit „miteinander in einem intensiven und guten Gespräch“ mit dem Ziel, den Terror der Hamas zu verurteilen, für Frieden zu beten und für ein friedliches Miteinander einzutreten.

Deutschland: CSU-Politiker - Erschreckendes Ausmaß der Christenverfolgung

250 Teilnehmer bei der „Kundgebung für Religionsfreiheit“ in Nürnberg

Nürnberg (IDEA) – Die Christenverfolgung hat ein „erschreckendes“ Ausmaß angenommen. Das sagte der CSU-Bundestagsabgeordnete Sebastian Brehm (Nürnberg) auf der „Kundgebung für Religionsfreiheit“ am 12. November in Nürnberg. Wie er vor den rund 250 Teilnehmern erklärte, werden weltweit über 360 Millionen Christen in weit über 50 Ländern in „sehr hohem bis extremem Maße körperlich und seelisch bedroht“. In vielen Ländern drohe ihnen der Tod. Veranstalter der jährlichen Solidaritätsaktion für verfolgte Christen ist die Evangelische Allianz Nürnberg. Die Kundgebung fand zum zehnten Mal statt.

Neuer Höchststand in Subsahara-Afrika

Brehm berichtete über die zunehmende Gewalt gegen Christen südlich der Sahara in Afrika. Dort habe die Verfolgung von Christen einen „neuen Höchststand“ erreicht. Von den 50 Ländern im Weltverfolgungsindex des Hilfswerks Open Doors befinden sich 13 Länder in Subsahara-Afrika. Dort gingen „islamistische und andere bewaffnete Gruppen“ mit „unmenschlicher Härte“ gegen Christen vor. Außerdem breite sich „Chinas Modell der Religionskontrolle“ immer weiter aus. In der Volksrepublik würden Christen und Muslime verfolgt und teilweise in Umerziehungslagern inhaftiert, so Brehm, der Mitglied im Menschenrechtsausschuss des Bundestages ist. Aber auch in Deutschland nähmen die „Angriffe auf die Demokratie, auf die Glaubensfreiheit und auf die unteilbaren Menschenrechte“ zu. Brehm forderte daher ein stärkeres „Engagement für unser Land, unsere Gesellschaft, für Frieden, Freiheit und Demokratie“. Es sei notwendig, mehr zu tun als bisher, nicht müde zu werden und alle Kräfte zu bündeln. In der Evangelischen Allianz Nürnberg arbeiten fast 40 Gemeinden, Gemeinschaften, christliche Werke und Initiativen mit.

Deutschland: Einsatz für Religionsfreiheit steht bei der Ampel „nicht weit oben“

Petition im EAK der CDU gestartet: Regierung soll sich stärker einsetzen

Ludwigsburg (IDEA) – Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU Ludwigsburg hat eine Petition initiiert, die die Bundesregierung auffordert, „sich weltweit verstärkt für die Einhaltung der Religionsfreiheit einzusetzen“. Wie es in dem Text heißt, sind die Unterzeichner über die globale Entwicklung mit Blick auf dieses Menschenrecht entsetzt. „Die Freiheit, seine Religion auszuüben und zu einer anderen Religion wechseln zu können, ist eines der ersten verbrieften Menschenrechte und enthalten in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Wir hören und lesen von ca. 360 Millionen Christen weltweit, die ihren Glauben nicht oder nur unter schweren Behinderungen praktizieren können.“ Der EAK beruft sich dabei auf den aktuellen Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks Open Doors. „Wir möchten uns mit dieser Unterschriftensammlung für diese Menschen und Gläubige anderer Religionen einsetzen“. Die Religion sei „für den weit überwiegenden Teil der Menschheit ein sehr wichtiger Teil ihres Lebens“.

Petition soll an Bundesregierung übergeben werden

Der Text wurde bei einem Impulstag des EAK Ludwigsburg zum Thema „Christ & Politik“ in der evangelischen Friedenskirche in Ludwigsburg vor etwa 150 Besuchern vorgestellt. Der Vorsitzende des EAK Ludwigsburg und Initiator des Impulstages, Jens Wätjen (Kornal-Münchingen), erklärte, dass Verfolgung bedeute, „seinen Glauben an Jesus Christus nicht mehr frei leben zu können, Nachteile in Kauf zu nehmen und in manchen Fällen sogar, um sein Leben fürchten zu müssen. Als Christen im relativ sicheren Westen haben wir eine Verantwortung für die Mitchristen, die von Verfolgung betroffen sind.“ Die Petition solle in einigen Monaten an die Bundesregierung übergeben werden und diese so auf die Bedeutung des Themas und das Leid der Menschen hinweisen. „Leider steht der Einsatz für Religionsfreiheit und gegen Christenverfolgung nicht weit oben auf der Prioritätenliste der Regierungsparteien“.

Kauder: Die Verfolgung hat noch zugenommen

Der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Prof. Volker Kauder, zog mit Blick auf die Lage der verfolgten Christen ein ernüchterndes Fazit: „Wenn man auf die aktuelle Situation schaut, kann man trotz all unserer Anstrengungen eine Zunahme der Verfolgung von Christen feststellen. Dennoch müssen wir dranbleiben.“ Er rief auf, den Einsatz für verfolgte Christen mit dem Einsetzen für Religionsfreiheit für alle Menschen – gleich welchen Glaubens – zu verbinden. Der Theologe Yassir Eric (Kornal-Münchingen) wies auf die Gefahren hin, die den Christen durch den radikalen Islam drohen. Die islamistische Ideologie werde mittlerweile nicht mehr nur im Nahen Osten, sondern auch auf deutschen Straßen verbreitet. Der aus dem Sudan stammende Theologe hat persönlich Verfolgung erlebt, als er sich vom Islam ab- und Jesus zugewandt hatte. Er leitet heute die aus zum Christentum konvertierten Muslimen bestehende **Communio Messianica**. Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) in der CDU im Kreis Ludwigsburg hat 920 Mitglieder. Die Petition kann über die Webseite des EAK Ludwigsburg bezogen werden. Sie wird auch vom Vorstand und Politikbeauftragten der Evangelischen Allianz in Deutschland, Frank Heinrich (Berlin), unterstützt.

Deutschland: Gebet für Israel immer sonntags 20:23 Uhr

Eine Gebetsaktion der Evangelischen Allianz in Deutschland

EAD - Wir treffen uns jeden Sonntagabend, hören auf einen kurzen biblischen Impuls und wollen dann gemeinsam und in kleinen Gruppen miteinander beten: um **Gottes Frieden in der Welt und für die Situation in Israel**.

Leitung: Detlef Garbers & Dr. Reinhardt Schink

Ablauf: In ca. 40 Minuten hören auf einen kurzen biblischen Impuls, teilen Gebetsanliegen und beten zusammen in kleineren Gruppen (Breakout-Rooms). Der virtuelle Raum ist für alle, die das möchten, bereits ab 20:15 Uhr geöffnet, um sich noch etwas miteinander bekannt zu machen oder noch ein wenig miteinander "zu plaudern"... Zusätzlich besteht nach dem Gebet eine Möglichkeit, mit Dr. Reinhardt Schink ins Gespräch zu kommen. Gerne beantwortet er Fragen rund um die Evangelische Allianz und hört auf Ihre Impulse.

[Zur Registrierung \(einmalig\)](#)

Nach der Registrierung erhalten Sie eine Bestätigungs-E-Mail mit Informationen über die Teilnahme am Meeting. (Falls es Probleme mit der Registrierung oder dem Zugang gibt, rufen Sie hier an: 036741 2424 oder schreiben Sie ein E-Mail an Gebet@ead.de.)*

Deutschland: Gewalt gegen Kirchengemeinde in Fürstenwalde

Projüdischer Aufruf entfernt Täter schlugen Schaukasten ein und bewarfen Pfarrhaus

Fürstenwalde (IDEA) – Im brandenburgischen Fürstenwalde haben Unbekannte wiederholt einen projüdischen Solidaritätsaufruf gewaltsam aus einem Schaukasten der evangelischen St. Marien-Domgemeinde entfernt. Das Plakat mit dem Satz „Wir schützen jüdisches Leben“ und einem abgebildeten Davidstern war am 10. November im Schaukasten angebracht worden. In der Nacht auf den 11. November schlugen die Täter die Scheibe mit einem spitzen Gegenstand ein und rissen den Aufruf heraus. Pfarrer Kevin Jessa hing daraufhin im Schaukasten erneut ein entsprechendes Plakat zusammen mit einem Kommentar zur Tat auf. Doch am Abend des 13. November entwendeten Unbekannte den Aushang erneut gewaltsam. Zudem bewarfen sie das Pfarrhaus mit zum Teil großen Pflastersteinen. Zu Schaden kam niemand, die Fenster hielten. Die Polizei ermittelt und prüft einen antisemitischen Hintergrund. Auch der Staatsschutz und die Fachstelle Antisemitismus in Brandenburg wurden informiert. „Wir sind sprachlos über diesen sehr gewalttätigen und zerstörungswütigen Akt. Ich habe mit einer Reaktion gerechnet, aber nicht mit solcher Vehemenz.“, sagte Jessa gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Die aktuelle Situation und der Hass gegen Menschen seien schockierend. „Doch jüdisches Leben braucht Schutz“, so der Pfarrer. Deshalb signalisiere er Dialogbereitschaft, und die Gemeinde stehe weiterhin fest an der Seite der jüdischen Glaubensgeschwister. Jessa möchte vorerst keinen neuen Aushang machen, „um Ruhe reinzubringen und zum Schutz der Mieter und von uns selbst“.

Deutschland: Junge Union Hessen fordert - Ditib raus aus den Schulen!

Vorwurf: Der islamische Verband verbreitet Antisemitismus

Wiesbaden (IDEA) – Nach dem Willen der Jungen Union (JU) Hessen soll die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) künftig keinen islamischen Religionsunterricht an Schulen mehr durchführen. Ditib-Funktionäre hätten sich nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober antisemitisch geäußert, begründet die Jugendorganisation der CDU ihre Forderung in einer Pressemitteilung. Zudem sei die Organisation Sprachrohr des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, der Israel als „Kriegsverbrecher“ und die Hamas als „Befreier“ bezeichnet habe. Die aktuellen Ausbrüche von Judenhass auf den Straßen, insbesondere verbreitet durch junge Muslime, zeigten, dass im Schulunterricht die notwendige Sensibilisierung gefehlt habe, so die jungen Christdemokraten: „Bildung und Aufklärung sind der Schlüssel gegen Antisemitismus.“ Die JU Hessen fordert die CDU auf, in den nun beginnenden Koalitionsverhandlungen mit der SPD darauf zu dringen, Ditib aus den Schulen zu entfernen.

Kooperation mit Ditib war schon einmal ausgesetzt

Der Verband bietet seit Sommer 2023 an 25 hessischen Grundschulen bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht an. 440 Erstklässler waren für den Unterricht angemeldet, der analog zum katholischen und evangelischen Religionsunterricht stattfindet. 2020 hatte das Land Hessen den von Ditib organisierten Unterricht aufgrund von Zweifeln an der Integrität des Moscheeverbands zunächst ausgesetzt. Wegen Formfehlern urteilte der Verwaltungsgerichtshof Kassel, dass die Kooperation weiter bindend sei. Dazu erklärte die JU Hessen: „Es kann nicht sein, dass unsere obersten Gerichte den Religionsgemeinschaften einen Anspruch auf einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht gewähren und zeitgleich dem Staat keinerlei Überwachungsrechte einräumen.“ Gerade jetzt müsse sich der Staat spätestens dann einmischen dürfen, wenn Judenhass gelehrt werde.

Deutschland: Mahnwache für Geiseln der Hamas

Leipzig: 450 Menschen versammelten sich auf dem Marktplatz

Leipzig (IDEA) – Rund 450 Menschen haben am 9. November in Leipzig für die Freilassung der über 240 Geiseln demonstriert, die die radikalislamische Terrororganisation Hamas am 7. Oktober in den Gazastreifen verschleppt hatte. Initiator der Mahnwache auf dem Marktplatz war das christliche „HaMakom“-Café (hebräisch „der Ort“). Betreiber ist die Freikirche TOS in Leipzig. Ein beleuchteter Davidsstern erhellte den Platz. Auf Plakaten waren die Bilder und Namen der Geiseln zu sehen, über Lautsprecher wurden ihre Namen verlesen. Der Gründer des „HaMakom“-Cafés, Stefan Haas, erinnerte in einer Rede an die Schreckenstaten in der Reichspogromnacht vor 85 Jahren und verwies auf die Verbrechen der Hamas: „Fast alle unsere jüdischen Freunde in Leipzig, Halle, Deutschland und Israel sind seit dem 7. Oktober zutiefst erschüttert, schockiert oder traumatisiert.“ Mit der Mahnwache wolle man gegenüber Juden weltweit Mitgefühl, Anteilnahme und Freundschaft ausdrücken. „Wir wollen Jüdinnen und Juden überall mit dieser Mahnwache sagen: Ihr seid nicht allein! Wir stehen mit Euch!“, so Haas. Das „HaMakom“-Café im Stadtteil Plagwitz bietet neben koscheren Speisen eine Ausstellung über die Geschichte des Holocaust in Leipzigs und jüdisches Leben in der Stadt. Die TOS Gemeinde erinnert jährlich am jüdischen Gedenktag Jom HaShoah mit einem „Marsch des Lebens“ an die Opfer des Holocaust und positioniert sich öffentlich gegen Antisemitismus.

Finnland: Räsänen und Pohjola freigesprochen

Helsinki: Die beiden Christen waren wegen Hassrede angeklagt worden

Helsinki (IDEA) – Die wegen Hassrede [angeklagte](#) ehemalige finnische Innenministerin Päivi Räsänen und der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Missionsdiözese Finnlands, Juhana Pohjola, sind am 14. November vom zuständigen Berufungsgericht in Helsinki freigesprochen worden. Wie die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International (Wien) mitteilte, hat das Berufungsgericht einstimmig alle Anklagen abgewiesen. Zum Hintergrund: Die Christdemokratin Räsänen war in drei Fällen wegen angeblicher „Hassrede“ angeklagt worden. Sie hatte mehrfach öffentlich geäußert, dass praktizierte Homosexualität aus biblischer Sicht Sünde sei. Konkret ging es in dem Prozess unter anderem um eine 2004 verfasste Broschüre mit dem Titel „Er schuf sie als Mann und Frau – Homosexuelle Beziehungen stellen das christliche Menschenbild infrage“ und ein Radiointerview aus dem Jahr 2019. Räsänen war am 30. März 2022 von einem Bezirksgericht in Helsinki in allen Anklagepunkten freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft legte gegen den Freispruch Berufung ein. Auch der heutige Vorsitzende des Internationalen Lutherischen Rates (International Lutheran Council/ILC), Bischof Pohjola, saß auf der Anklagebank. Er hatte 2004 die kirchliche Broschüre herausgegeben. Vor Gericht erklärte er, dass in dem Text immer wieder die Würde und Gleichheit aller Menschen betont werde – unabhängig von der sexuellen Orientierung.

Freispruch bestätigt

Das Urteil bestätigt damit den einstimmigen Freispruch des Bezirksgerichts vom März 2022. Das Berufungsgericht stellte fest, dass es auf der Grundlage der in der Hauptverhandlung vorgelegten Beweise keinen Grund habe, den Fall anders zu beurteilen als das Bezirksgericht. Daher wurde die Staatsanwaltschaft zur Zahlung von Anwaltskosten in Höhe von mehreren Zehntausend Euro verurteilt, um die Kosten beider Angeklagten zu decken. Sie kann bis zum 15. Januar 2024 ein letztes Mal Berufung beim Obersten Gerichtshof Finnlands einlegen.

„Das ist ein wichtiger Präzedenzfall“

Die elffache Großmutter Räsänen zeigte sich nach Verkündung des Urteils „sehr erleichtert“. Das Gericht habe die Entscheidung des Bezirksgerichts, dass das Recht eines jeden Menschen auf freie Meinungsäußerung anerkannt habe, in vollem Umfang bestätigt. „Es ist kein Verbrechen, einen Bibelvers zu twittern oder sich an einem öffentlichen Diskurs mit einer christlichen Perspektive zu beteiligen.“ Sie hoffe aufrichtig, „dass anderen unschuldigen Menschen die gleiche Tortur erspart bleibt, nur weil sie ihre Überzeugungen geäußert haben“.

Ein Erfolg für die Meinungsfreiheit

Der Geschäftsführer von ADF International, Paul Coleman, begrüßte „diesen Erfolg für die Meinungsfreiheit“. Solche „absurden Fälle“ sollten zukünftig nicht mehr vor Gericht gebracht werden. „In einer freien und demokratischen Gesellschaft sollte es allen erlaubt sein, ihre Überzeugungen ohne Angst vor Zensur zu äußern.“ Die Kriminalisierung von Äußerungen durch sogenannte ‚Hassrede‘-Gesetze verhinderten öffentliche Debatten und stellten eine ernste Bedrohung für Demokratien dar, sagte Coleman. „Ich bin sehr erleichtert, dass Gerichte die Rechtsstaatlichkeit wahren. Staatliche Behörden überschreiten klar ihre Kompetenz, wenn sie Äußerungen, die ihnen missfallen, zensieren und bestrafen.“ Vor dem Prozess im August hatte sich internationale Unterstützung für die beiden Angeklagten formiert. 16 US-Kongressabgeordnete verfassten einen Brief an Rashad Hussein, den US-Sonderbeauftragten für internationale Religionsfreiheit. Weltweit solidarisierten sich religiöse Organisationen wie beispielsweise der ILC mit ihnen.

Indien: „Dalit Liberation Sunday“

Aktionstag soll auf die Würde der Dalit als Kinder Gottes aufmerksam machen

Neu-Delhi (Agenzia Fides) – Mit dem „Dalit Liberation Sunday“ ("Sonntag für die Befreiung der Dalit") will die katholische Kirche in allen katholischen Gemeinden Indiens am 12. November, dem zweiten Sonntag des Monats, auf die Lage der "Dalit", wörtlich "der Unterdrückten", der "Ausgestoßenen", in einer Gesellschaft, die auf sozialer, kultureller und religiöser Ebene oft immer noch durch die Kastenstruktur geprägt ist, aufmerksam machen und deren Würde wieder in den Mittelpunkt des pastoralen und sozialen Handelns stellen. Das hierarchische System der sozialen Schichtung wurde in Indien 1950 zwar formell abgeschafft, ist aber faktisch noch immer in der Mentalität verankert und bestimmt noch immer die Arbeitsteilung und den Wettlauf um Machtpositionen. Die so genannten "Unberührbaren" sind nach wie vor die Letzten in der indischen Gesellschaft und werden Opfer von Gewalt und Missbrauch.

Aus diesem Grund hat die katholische Gemeinschaft dieser Kategorie von ausgegrenzten und verletzlichen Menschen schon immer ein „besonderes Augenmerk“ gewidmet und seit 2007 den Aktionstag mit Demonstrationen, Initiativen, Treffen, Debatten, Liturgien und Prozessionen eingeführt, der landesweit von einem speziellen Büro der katholischen Bischofskonferenz (CBCI) in Zusammenarbeit mit dem Indischen Kirchenrat, in dem sich protestantische und orthodoxe Kirchen zusammenschließen, organisiert wird.

Es handelt sich um ein landesweites Problem: Offiziellen Schätzungen zufolge gibt es in Indien über 300 Millionen Dalits (etwa 25 % der 1,3 Milliarden Einwohner), und unter christlichen und muslimischen Minderheiten ist das Stigma der Unberührbarkeit weit verbreitet. Insbesondere machen Dalits etwa 60 % der 28 Millionen Christen in Indien aus, was bedeutet, dass sie in den meisten Gemeinden soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Marginalisierung und Ausgrenzung erfahren.

Der „Sonntag für die Befreiung der Dalits“, an dem man über die Befreiung von Unterdrückung und Diskriminierung spricht und diese in den Mittelpunkt von Debatten und Gebeten stellt, soll unterstreichen, dass, wenn das zivile Zusammenleben durch eine Verfassung geregelt wird, die jedem Bürger Gerechtigkeit, Gleichheit sowie gleiche Rechte und Chancen garantiert, die Situation der Dalits, die immer noch von sozialer Diskriminierung geprägt ist, einen unerträglichen Verstoß gegen die demokratischen Grundrechte darstellt.

Die Dalits, so wird bekräftigt, seien Kinder Gottes, und als solche müsse ihre unveräußerliche Würde bedingungslos bekräftigt werden. Es geht also darum, die Bevölkerung daran zu erinnern und zu sensibilisieren, damit alle Formen und diskriminierenden Praktiken, die mit dem Kastenwesen verbunden sind, überwunden und Maßnahmen eingeleitet werden, um diese aus der indischen Gesellschaft insgesamt und auch innerhalb der christlichen Gemeinschaft auszurotten, wo sie trotz allem noch präsent sind,

Dalits, so die Kirche, "werden unantastbare Rechte verweigert, die allen Bürgern garantiert werden müssen". Darüber hinaus haben insbesondere Dalits christlicher Religion keinen Zugang zu bestimmten Vergünstigungen, die der Staat den so genannten "anerkannten Kasten" (scheduled castes) vorbehält, nur weil sie zum Christentum konvertiert sind, wodurch die Gewährung dieser sozialen Vergünstigungen (wie Zugang zu Arbeitsplätzen und Schulen) von ihrem Glaubensbekenntnis abhängig gemacht wird. Wie der Jesuit Myron Pereira betont, ist der Aktionstag ein ausschlaggebendes für das Bemühen um die Verwirklichung echter Demokratie und Religionsfreiheit im Land.

In einem Dokument des Büros der indischen Bischofskonferenz, das für die Seelsorge an Dalits zuständig ist, heißt es: "Dalits haben auf der Suche nach einem besseren Leben das Christentum angenommen und in Christus ihre Würde als Kinder Gottes gefunden. Doch Dalits werden dreifach diskriminiert: von der Gesellschaft, vom Staat und manchmal sogar von der Kirche. Der Mensch hat eine Würde und unveräußerliche Rechte. Jede Einschränkung oder Verweigerung dieser Rechte ist ein Akt der Ungerechtigkeit. Wenn sie innerhalb der Kirche selbst praktiziert wird, steht sie im Widerspruch zu den evangelischen Werten, zu denen wir uns bekennen".

Das Büro fördert deshalb weitreichende Aufklärungsmaßnahmen, indem es Beziehungen zu Regierungsvertretern, Parlamentsmitgliedern und politischen Parteien aufbaut und auf kultureller und politischer Ebene tätig wird.

Neben dem Aktionstag für die Befreiung der Dalit gib es auch den so genannten "Black Day" der Dalits, einen "schwarzen Tag" des Protests und der Bewusstseinsbildung, der jedes Jahr am 10. August begangen wird und von zahlreichen Organisationen der indischen Zivilgesellschaft gefördert und von christlichen Gemeinschaften aller Konfessionen unterstützt wird.

Der Tag erinnert an den 10. August 1950, als der indische Präsident Artikel 3 der Verfassung über die so genannten "anerkannten Kasten" verabschiedete. Das Gesetz erkennt diesen sozialen Gruppen - zu denen auch die Dalits, die am stärksten benachteiligten und ausgegrenzten Gruppen, gehören - Rechte und Vergünstigungen zur Verbesserung ihrer Lage zu; im dritten Absatz der Bestimmung heißt es jedoch, dass "diejenigen, die sich zu einer anderen Religion als dem Hinduismus bekennen", nicht zu diesen Gruppen gehören. In den Jahren 1956 und 1990 wurden Änderungen vorgenommen, um die Vergünstigungen auch auf buddhistische Dalits und Sikhs auszudehnen, während Christen und Muslime weiterhin ausgeschlossen sind. Gerade um die ganze Nation an die Ungerechtigkeit dieser Bestimmung zu erinnern, soll der „Black Day“ zusammen mit dem Aktionstag im November auf die Lebensbedingungen der Dalits aufmerksam macht.

(PA) (Fides 11/11/2023)

Iran: Friedensnobelpreisträgerin im Hungerstreik

Vorladung von Journalisten durch die Sicherheitsbehörden

(IGFM) Die Friedensnobelpreisträgerin **Narges Mohammadi** ist am 6. November 2023 in den Hungerstreik getreten. Die Menschenrechtsaktivistin musste dringend ins Krankenhaus. Dies wurde ihr aber nicht erlaubt, weil sie sich weigerte ein Kopftuch zu tragen. Mit ihrem Hungerstreik protestierte Narges gegen mangelnde medizinische Versorgung von Gefangenen und den Hijab-Zwang. Nach zunehmenden internationalen Druck wurde Narges schließlich am 8. November, ohne Kopftuch, aus dem Gefängnis in ein Krankenhaus verlegt und kehrte anschließend zurück. Sie beendete ihren Hungerstreik.

Vorladung von Journalisten durch die Sicherheitsbehörden

Mehrere iranische Journalisten haben in sozialen Netzwerken ihre Vorladungen durch die Justiz- und Sicherheitsbehörden bekannt gegeben. Die Vorladungen erfolgten, nachdem die Journalisten über den Mord an Armita Garawand berichtet hatten. Zu diesen Journalisten gehören Maryam Shokrani, Milad Alavi, Omid Tousheh, Zainab Rahimi, Sara Masoumi, Matin Ghafarian, Maryam Lotfi und Negar Ostad Agha.

Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh trotz Herzerkrankung weiterhin in Haft/ Verlegung der Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi ins Krankenhaus ohne Kopftuch

Am 28. Oktober 2023 wurden mehrere Personen, die an der Beerdigung von Armita Garawand teilgenommen hatten, gewaltsam festgenommen. (Die 17-jährige Armita Garawand lag 28 Tage im Koma, nachdem sie in der U-Bahn in Teheran von Hijab-Wächtern angegriffen worden war, weil sie den Hijab nicht getragen hatte). Die Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh, die ohne Kopftuch an der Beerdigung teilnahm, war unter den Verhafteten wie auch die studentische Aktivistin Niloufar Mirzaei (am 7. November gegen Kaution freigelassen), Negar Ostad Agha, Mitra Ghasemi und Zeinab Edalatpishe.

Reza Khandan, der Ehemann von Nasrin, bestätigte, dass seine Frau während ihrer Festnahme brutal geschlagen wurde. Auch Schocker seien eingesetzt worden. Ihm zufolge befinden sich 21 Frauen, die bei der Beerdigung festgenommen wurden, im Gharchak-Gefängnis. 15 Männer wurden ebenfalls verhaftet und in die Gefängnisse von Evin und Fashafouyeh gebracht.

Nasrin Sotoudeh leidet an einer Herzerkrankung und befand sich seit Juli 2021 im medizinischen Hafturlaub. Sie wurde zu einer 38-jährigen Haftstrafe verurteilt, wovon 12 Jahre vollstreckbar sind.

Reza Khandan kündigte an, dass gegen Nasrin ein neues Verfahren wegen „Versammlung und Absprache mit der Absicht, die Sicherheit des Landes zu stören“, „Propaganda gegen das Regime“, „Störung der öffentlichen Ordnung“ und „Ungehorsam gegenüber polizeilichen Anordnungen“ eingeleitet worden sei.

Iran: Hinrichtung eines Sunniten nach 14 Jahren Haft

IGFM-Bericht vom 10. November 2023

Der kurdische politische Gefangene Ghasem Abeste wurde am 5. November 2023 nach 14 Jahren Haft hingerichtet. Seine Familie wurde durch einen Anruf der Gefängnisleitung über seine Hinrichtung informiert.

Der 44-jährige Gefangene aus Mahabad wurde im Dezember 2009 zusammen mit sechs weiteren Kurden verhaftet. Er wurde wegen „Aktivität gegen die nationale Sicherheit“, „Propaganda gegen das Regime“, „Mitgliedschaft in salafistischen Gruppen“ und „Korruption auf Erden“ zum Tode verurteilt.

Der sunnitische Gefangene hatte während des gesamten Verfahrens keinen Zugang zu einem Anwalt. Wie die IGFM erfahren hat, war sein Fall voller Unklarheiten und Mängel.

Iran: Verschärfte Verfolgung der Bahá'í-Frauen

(IGFM) Laut dem Bericht der Internationalen Bahá'í-Gemeinde vom Oktober ist die Verfolgung der Bahá'í in den letzten Monaten eskaliert, insbesondere was die Unterdrückung von Frauen betrifft. So wurden zahlreiche junge Bahá'í-Frauen verhaftet. 26 weitere Bahá'í, darunter 16 Frauen, wurden zu insgesamt 126 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Häuser der in Hamedan lebenden Baha'i-Bürger Mehran Khandel, Puran Habibi, Jinous Shadabi und Akhtar Kosari (Naimi) wurden am 7. November von Sicherheitskräften durchsucht. Dabei wurde eine Reihe persönlicher Gegenstände beschlagnahmt. Über die Gründe der Durchsuchung liegen noch keine Informationen vor.

Israel und Palästinensische Gebiete: Die Situation der Christen

(Open Doors Schweiz) Während der Krieg zwischen der Hamas und Israel den Gazastreifen weiter verwüstet, sind unsere palästinensischen und israelischen Brüder und Schwestern auch in einem inneren Konflikt gefangen, der durch ihr Mitgefühl für beide Seiten genährt wird. Beten wir, dass sie «sanftmütig und von Herzen demütig» sind.

Im Konfliktgebiet leben etwa 1'000 Christen in Gaza, 45'000 Christen im Westjordanland sowie arabische und messianische Jude in Israel. Die Mission von Open Doors besteht darin, «das zu stärken, was übrig ist und was im Begriff ist zu sterben» (Offenbarung 3,2).

In seinem Buch *Licht zwischen den Fronten*, das 2005 erschien, schildert Bruder Andrew seine Eindrücke über Israel, die für die heutige Zeit prophetisch erscheinen: «Der unaufhörliche Konflikt machte mich krank, aber noch mehr schmerzte mich das Wissen, dass meine Brüder und Schwestern zwischen die Fronten geraten waren.»

Und er fährt fort: «Gläubige an Jesus Christus lebten in Israel, im Westjordanland und in Gaza... Ich war überzeugt, dass die christliche Gemeinschaft ihren Beitrag leisten konnte. Vielleicht ging es nur darum, ein Licht zu sein.»

Open Doors lädt die Kirche auf der ganzen Welt ein, den in den Konflikt verwickelten Christen zur Seite zu stehen und dafür zu beten, dass sie unter den gegenwärtigen Umständen Friedensstifter sind.

Christen bleiben in engem Kontakt

«Ich denke, wir sind alle schockiert, nachdem wir im Fernsehen und in den sozialen Medien gesehen haben, was alles passiert», sagte ein palästinensischer Gläubiger im Westjordan gegenüber Open Doors. «Ich bin täglich und ständig in Kontakt mit unseren Brüdern und Schwestern, die in den beiden Kirchen [in der Stadt Gaza] Zuflucht gefunden haben. Sie sind extrem verängstigt, und einer von ihnen sagte mir kürzlich: «Wir können den Tod riechen»».

«Jeder in Israel kennt jemanden, der schwer verletzt, als Geisel genommen oder dessen Familie ermordet wurde», sagt Pastor Evan Thomas, ein messianischer Jude, der seinen Dienst im Zentrum Israels ausübt. «Wir sind eine Nation in Schock und Trauer, tief besorgt darüber, dass unsere Regierung und unsere Streitkräfte es nicht geschafft haben, dies zu verhindern.» Er fügt hinzu: «Wir stehen in engem und einheitlichem Kontakt mit den arabischen christlichen Gemeinden, beten regelmässig gemeinsam und ermutigen uns gegenseitig.»

Beten für den Frieden Jerusalems

«Wir sehen, dass unsere Region seit vielen Jahren brennt [und in Aufruhr ist]. Niemand wird als Sieger aus diesem Krieg hervorgehen, alle Parteien werden verlieren», fasst ein Christ zusammen, der Teil einer Bewegung von Gläubigen aus der Region ist, die vom Islam zum Christentum konvertiert sind. «Jesus Christus hat uns gesagt, dass wir für den Frieden und den Shalom von Jerusalem beten sollen. Und Shalom ist laut der Bibel nicht nur die Abwesenheit von Krieg und von Problemen. Shalom steht für die Sicherheit, die Gott unserem Leben gibt.»

Open Doors schliesst sich dem Aufruf dieses Gläubigen an und fordert die Christen auf, für den Frieden zu beten. Und zu beten, dass jede Initiative gestoppt wird, die darauf abzielt, Leben oder zivile Gemeinschaften zu zerstören, oder die sich der Suche nach friedlichen Wegen des Zusammenlebens widersetzt.

Die Einheit der Kirche anstreben

«Unsere Nachbarländer befinden sich in einer schweren Krise. Im Neuen Testament sehen wir, dass Gott alle Nationen gleichermassen liebt: Es gibt keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen, zwischen Juden und Griechen. Er liebt diejenigen, die an ihn glauben, seine Kinder, genauso wie diejenigen, die nicht an ihn glauben. Jesus ist für jeden von ihnen gestorben», sagte ein ägyptischer Pastor kürzlich in einer Predigt, in der er leidenschaftlich zur Einheit aufrief. «Und an unseren Grenzen herrscht ein Krieg zwischen zwei Völkern mit unterschiedlichen Religionen. Jedes Leben, das der einen oder anderen Seite genommen wird, bricht das Herz des Vaters.»

Open Doors glaubt, dass die Kirche ein Leib ist (Römer 12,5). Wenn ein Teil leidet, leiden wir alle mit ihm (1. Korinther 12,26). Wenn unsere lokalen Partner also darum kämpfen, den Gläubigen in der gesamten Region zu dienen, fühlen wir uns veranlasst, ihnen im Gebet zur Seite zu stehen, da wir wissen, dass unsere Gebete sie stärken und ermutigen werden.

Bruder Andrew hat nie gezögert, Ungerechtigkeit anzuprangern, selbst in komplizierten Situationen. In «Licht zwischen den Fronten» beschreibt er seine Reaktion auf die Selbstmordattentate im Nahen Osten: «Wer würde auf die Terroristen zugehen? War jemand bereit, ihnen gegenüberzutreten und ihnen einen Grund zum Leben zu geben, der stärker war als ihre Motivation, zu sterben? Wie können sie den Friedensfürsten kennenlernen, wenn niemand zu ihnen geht und mit ihnen spricht?» Möge sich dieser radikale Glaube unter den Christen im Nahen Osten ausbreiten.

Quelle: Open Doors Schweiz (10.11.2023)

https://www.opendoors.ch/news/konflikt-zwischen-israel-und-palastina-christen-sollen-friedensstifter-sein/?_cldee=erx1NmC4yWFy8oy8STH0cY1LBCKL2erNJJLaOowmXpLxSdK7a2bAppMHAyjGjWqf&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-f77a588d8f5949b3a5d6ce381d518558&esid=e12cd68d-1c7f-ee11-8179-002248998bcd

Israel: Massaker vom 7. Oktober

Zahl der Toten auf 1.200 herunterkorrigiert

Von Israelnetz, 11. November 2023

Israel hat die Zahl der Toten nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober nach unten korrigiert. Bislang war von etwa 1.400 Opfern die Rede. Am Freitag teilte der Sprecher des Außenministeriums, Lior Haiat, mit, 1.200 sei nun die offizielle Zahl. Gründe für die Änderung nannte er nicht. Doch noch sind nicht alle Opfer identifiziert. Zudem ist das Schicksal der Geiseln ungewiss. Deshalb dürfte die Zahl in den kommenden Wochen noch schwanken. Nach Angaben der Israelischen Altertumsbehörde haben [Archäologen](#) die Überreste von mindestens zehn Menschen entdeckt, die in ihren Häusern verbrannt sind. (eh)

Seit dem 7. Oktober gesammeltes Beweismaterial spricht für weit größere Angriffspläne der Terrorgruppe Hamas. Die Terroristen wollten wahrscheinlich noch mehr Menschen töten, weiter nach Israel einrücken und länger oder dauerhaft dort bleiben. Diese Schlussfolgerungen beruhen auf Notizen und Kartenmaterial, das bei getöteten Angreifern gefunden wurde. Sie führten Verpflegung für mehrere Tage mit sich. Geheimdienstliche Informationen legen außerdem nahe, dass die Hamas von Anfang den Einmarsch israelischer Truppen und einen „Flächenbrand“ sowie zivile palästinensische Opfer einplante. (cs)

Israel: Unterstützung und Gebet

Die neu angefachte israelisch-palästinensische Auseinandersetzung infolge der entsetzlichen Terroranschläge der Hamas auf israelischem Gebiet macht sprach- und hilflos. Trotzdem können und sollen Christinnen und Christen etwas tun.

Deshalb rufen die Schweizerische Evangelische Allianz SEA und Freikirchen.ch die Kirchen zum gemeinsamen Gebet auf. Dazu haben sie Gebetsanliegen rund um den aktuellen Konflikt zusammengestellt-

Was aktuell im Nahen Osten passiert, kann einen überwältigen, überfordern und sprachlos werden lassen: Dass Menschen anderen Menschen solche Gräueltaten antun, ist unerträglich. Zur Einordnung der Geschehnisse hat die weltweite Evangelische Allianz WEA eine [Stellungnahme \(deutsche Übersetzung\)](#) der Österreichischen Evangelischen Allianz herausgegeben, der sich die SEA anschliesst. Der Dachverband Freikirchen.ch hat sich mit einer Medienmitteilung [«Freikirchen stehen hinter Israel»](#) zu Wort gemeldet.

In dieser fast nicht zu ertragenden Situation ist es tröstlich zu wissen, dass Gott alle Menschen in dieser von Hass erfüllten Region sieht. Der Nahe Osten braucht Jesus, den Messias – dringender denn je! Deshalb rufen die SEA und Freikirchen.ch zum Gebet auf, besonders diesen Sonntag in Gottesdiensten landauf, landab. Dazu haben sie Gebetsanliegen rund um den aktuellen Konflikt zusammengestellt.

Wir beten für...

- ...das Ende des Terrors durch die Hamas.
- ...die Geiseln der Hamas, dass sie überleben und befreit werden.
- ...Heilung and Wiederherstellung der Traumatisierten vom 7. Oktober.
- ...Trost für die Angehörigen auf beiden Seiten, die Menschen durch diesen Krieg schon verloren haben.
- ...Weisheit, Schutz und Führung für die israelische Regierung.
- ...eine neue Führung des palästinensischen Volkes, die sich ohne Hass für die Bedürfnisse ihres Volkes einsetzt.
- ...arabische Christen in Israel und der Westbank, welche auch auf der «Feindes-Liste der Hamas» stehen.
- ...die messianischen Gemeinden, insbesondere die vielen jungen Soldaten, welche jetzt im Einsatz sind. Dass sie in dieser Situation auch ein Zeugnis sein können.
- ...Einheit unter messianischen Gläubigen und arabischen Christen.
- ...Schutz, sodass der Krieg sich nicht auf die umliegenden Länder ausbreitet.
- ...Weisheit für die Regierungen der umliegenden Länder, wie sie mit dieser Situation umgehen sollen und die Grenzen schützen.
- ...die Unterscheidungsfähigkeit der Menschen zwischen der Hamas und dem Volk, das ebenso unter der Führung von Hamas leidet.
- ...Europa und die Schweiz, dass sie sich gegen Hass und Terror einsetzen.

(Die Gebetsanliegen sind zum Teil von der Organisation [be'yachad](#) übernommen – einer Schweizer Versöhnungsinitiative, die Partnerschaften mit messianisch-jüdischen und palästinensisch-christlichen Gemeinden aufbaut.)

Kundgebung in Genf für israelische Geiseln

Gebetet wird auch an einer Kundgebung diesen Sonntag, 22. Oktober, um 15:00 Uhr in Genf (Place des Nations) zur Befreiung der israelischen Geiseln in der Gewalt der Hamas. Diese hat über 150 Personen aus rund 30 Ländern, darunter Holocaust-Überlebende, schwangere Frauen, Mädchen, Jungen, Kleinkinder und Babys, entführt und hält sie unter höllischen Bedingungen im Gazastreifen fest.

SEA und Freikirchen.ch rufen zur Teilnahme auf: Die Forderung nach Freilassung der Entführten erhält umso mehr Nachdruck, je mehr Menschen sich dafür versammeln. Der Anlass ist Teil einer internationalen Kampagne zur Befreiung der Entführten und wird von einer breiten christlichen Koalition «Voice for Freedom» aus Israel organisiert. Unter anderem werden Angehörige von Entführten sprechen.

Gebetsanliegen für den Gottesdienst

- [PowerPoint](#)
- [PDF](#)

Statement Schweizerische Evangelische Allianz

Jordanien: Öffentliche Weihnachtsfeiern wegen Gaza-Krieg abgesagt

Christen sollen sich auf Gebete und die Feier der Geburt Jesu

Amman (IDEA) – In Jordanien haben die Kirchen alle öffentlichen Weihnachtsfeierlichkeiten in diesem Jahr abgesagt. Als Begründung nannte der Kirchenrat die Not der Menschen im Gazastreifen aufgrund der anhaltenden Kämpfe zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas. Aus Solidarität zu den Betroffenen solle das Weihnachtsfest auf Gebet und liturgische Feiern begrenzt werden. Wie der Direktor des Katholischen Zentrums für Studien und Medien in Jordanien, Pater Rifat Bader, erklärte, will man sich ganz auf die spirituelle Bedeutung von Weihnachten konzentrieren – die Geburt Jesu. Jordanien werde Weihnachten nicht „mit Freude feiern“. „Wir werden uns nur auf die religiöse Feier konzentrieren, einschließlich der Gottesdienste und Lieder in den Kirchen“, so Bader.

Jerusalemener Kirchenleiter: Keine „unnötig festlichen“ Adventsfeiern

Ähnliches hatten Oberhäupter der großen christlichen Konfessionen in Jerusalem bereits am 10. Oktober angekündigt. Die Kirchenvertreter riefen in einer Erklärung dazu auf, aus Solidarität mit den Opfern des andauernden Krieges zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen keine „unnötig festlichen“ Advents- und Weihnachtsaktivitäten zu veranstalten. Stattdessen luden sie die rund 180.000 zumeist palästinensischen Christen im Heiligen Land ein, sich auf die spirituelle Bedeutung von Weihnachten zu konzentrieren. Jedes Jahr kommen rund 150.000 Menschen für die Advents- und Weihnachtsfeiern ins Heilige Land. Besonders bekannt sind Paraden, Basare, Straßenkonzerte und Lichtdekorationen in Haifa, Nazareth, der Geburtskirche von Bethlehem und im christlichen Viertel Jerusalems.

Kardinal Ranjith: "Die Lage im Land ist schwierig,

Kirche setzt sich für das Gemeinwohl ein"

Colombo (Fides) - "Angesichts der schwerwiegenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme, mit denen Sri Lanka in den letzten Jahren zu kämpfen hatte, hat sich die Situation nicht verbessert. Um die Unzufriedenheit der Bevölkerung in den Griff zu bekommen, wollen die Politiker strengere Maßnahmen zur gesellschaftlichen Kontrolle im Lande einführen. Kritik und Proteste sollen verboten werden. Führende Politiker von gestern und heute und das Parlament schützen sich dabei gegenseitig, um den Status quo aufrechtzuerhalten und die eigene Macht zu erhalten. Wir stehen vor ernsthaften Schwierigkeiten, wenn es um die normale Ausübung der Demokratie geht", so der Erzbischof von Colombo, Kardinal Malcolm Ranjith, der sich anlässlich des Ad-limina-Besuchs der Bischöfe von Sri Lanka im Vatikan aufhält gegenüber Fides.

"Zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen haben wir einen Gesetzesentwurf zur Online-Sicherheit, der im Parlament eingebracht wurde, mit einer Beschwerde beim Obersten Gerichtshof angefochten", berichtet der Kardinal, „Dieser Gesetzesentwurf ist zensorisch und schränkt die Meinungsfreiheit und die von der Verfassung garantierten Grundrechte der freien Meinungsäußerung stark ein, indem er insbesondere in die sozialen Medien eingreift" und Verstöße mit Haftstrafen oder Bußgeldzahlungen ahndet. Menschenrechtsgruppen zufolge ist dies ein Versuch, „Kritik an der Regierung zu unterdrücken“.

Ein weiterer besorgniserregender Aspekt, über den der Erzbischof von Colombo berichtet, ist ein "Anti-Terror-Gesetz", das "weitreichende Befugnisse zur Anklage von Personen einräumt, die staatsfeindlicher Aktivitäten verdächtigt werden. Doch die vage Definition der Vergehen ermöglicht es, das Gesetz völlig willkürlich anzuwenden und sich so auch politischer Gegner oder unbequemer Bürger zu entledigen. Dies ist eine echte Gefahr für die Justiz und die Demokratie".

Außerdem erinnert er daran, dass "das Kapitel der Opfer der Osterattentate von 2019 noch offen ist". "Die katholische Kirche wird weiterhin nach der Wahrheit über die Anschläge vom Ostersonntag suchen und Gerechtigkeit für die Opfer fordern. Wir können die von der Regierung präsentierte Version der Ereignisse nicht akzeptieren und ohne Sorgen und Probleme leben", sagte er.

Er fügte hinzu: "Unsere Gedanken sind jedoch nicht nur bei den Katholiken, sondern bei der ganzen Nation. Die Menschen leiden, die soziale und wirtschaftliche Krise hat die Familien noch immer im Griff. Ein Drittel der Bevölkerung hat nur einmal am Tag etwas zu essen und leidet an Unterernährung. Die katholischen Gemeinden tun auf allen Ebenen viel, um die ärmsten Familien zu unterstützen. Papst Franziskus hat uns bereits zweimal mit finanziellen Zuwendungen geholfen, Caritas Internationalis tut dasselbe. Aber das sind wohlthätige Maßnahmen, um die Not zu lindern, keine strukturellen Maßnahmen. Im Vorfeld gibt es das Problem der Politik, die an das Gemeinwohl denken muss und nicht nur ihre eigenen Interessen schützen darf", stellt der Kardinal fest.

Der Kardinal erinnert auch an die Absicht der Regierung, die in Betracht zieht, "die Armee einzusetzen, um mögliche Proteste und soziale Unruhen zu kontrollieren". „Die für 2024 anberaumten Parlamentswahlen werden von entscheidender Bedeutung sein, das Volk hat ein großes Bedürfnis, sich zu äußern. Einigen Beobachtern zufolge könnte das Parlament die Wahl jedoch unter irgendeinem Vorwand verschieben. Aber dann würden wir eine neue große Protestwelle des Volkes riskieren, wie die im Frühjahr 2022", betont er.

Im Hinblick auf die Forderung, einen Weg der Transparenz und der Demokratie einzuschlagen, so Kardinal Malcolm Ranjith abschließend, seien sich "alle Teile der srilankischen Gesellschaft einig". "Selbst die buddhistischen, hinduistischen und anderen religiösen Führer, mit denen wir einen fruchtbaren Dialog geführt haben und gute Beziehungen unterhalten, sind sich einig und wollen mit uns und der gesamten Zivilgesellschaft die verfassungsmäßigen Werte, Garantien und Bürgerrechte bewahren. In dieser Phase ist der Weg beschwerlich, aber wir werden weiterhin unseren Teil dazu beitragen und den Menschen vertrauensvoll zur Seite stehen, indem wir uns für das Gemeinwohl einsetzen und die Wahrheit des Evangeliums bezeugen", betont er.

(PA) (Fides 10/11/2023)

Kirgisistan: Haftstrafe wegen „Anstachelung zu religiöser Feindschaft“

Christ wirbt öffentlich für seinen Glauben und stellt religiöse Regelungen der Regierung infrage

(Open Doors, Kelkheim) – Am 13. September wurde der kirgisische Christ Aytbek Tynaliyev nach sechs Monaten Haft wieder freigelassen. Es war bereits seine zweite Verurteilung innerhalb von zwei Jahren. Anlass waren in beiden Fällen Äußerungen Tynaliyevs in sozialen Medien, in denen er seinen christlichen Glauben weitergegeben und das restriktive Vorgehen der Regierung in religiösen Angelegenheiten kritisiert hatte.

Gerichtsvertreter verweigern Stellungnahme

Im August 2022 war Aytbek Tynaliyev zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Am 4. Juli 2023 verhängte das gleiche Gericht eine Haftstrafe von etwas mehr als sechs Monaten gegen ihn. Aufgrund der zuvor bereits verbüßten Zeit in Untersuchungshaft endete seine Haftzeit am 13. September.

Bei seiner Verurteilung im Juli konzentrierte sich die Staatsanwaltschaft auf Tynaliyevs Kommentare und Anfragen an einen Erlass hinsichtlich Familienfeiern und Gedenkritualen. Die Regelung war am 24. Februar 2022 von Präsident Sadyr Japarov unterzeichnet worden. Angesichts einer zu 88 % muslimischen Bevölkerung nimmt der Islam eine prägende Rolle in allen Bereichen der Gesellschaft Kirgisistans ein. Dieser Einfluss ist auch in den Bereichen Rechtsprechung und Gesetzgebung spürbar.

Das Justizministerium entsandte eigens zwei „Sachverständige für religiöse Fragen“ zu der Gerichtsverhandlung, um die Anklage zu unterstützen. Wie die Menschenrechtsorganisation Forum 18 berichtet, hätten die beiden jedoch auf Nachfrage hin nicht erklären können, in welcher Weise Tynaliyevs Kommentare den Tatbestand von „Desinformation über die Religion des Islam“ erfüllten. Der zuständige Richter des Bezirksgerichts, Almazbek Jooshebekov, sei zudem nicht bereit gewesen, eine Begründung für Tynaliyevs Haftstrafe zu nennen. Im Rahmen der Anklage hatte die Staatsanwältin ein Strafmaß von zwei Jahren gefordert. Auch sie war jedoch nicht bereit, nähere Angaben zum Hintergrund ihrer Forderung zu machen; etwa, inwiefern die fraglichen Äußerungen gegen geltendes Recht verstoßen.

Erneute Einschüchterung nach Haftentlassung

Kurz nach Tynaliyevs Entlassung im September erhielt er nochmals Besuch von dem Polizeibeamten, der im Mai die Durchsuchung seiner Wohnung geleitet hatte. Er forderte Tynaliyev auf, „vorsichtig zu sein und künftig keine religiösen Materialien oder Aussagen in sozialen Medien zu veröffentlichen“. Dabei gab er acht christliche Bücher zurück, die die Polizei im Mai bei Tynaliyev beschlagnahmt hatte. Der Beamte fügte hinzu: „Die Behörden hätten ein weiteres Verfahren gegen Sie eröffnen können wegen illegalen Besitzes religiöser Literatur zu Hause!“ Man habe sich aber dagegen entschieden. Der Besitz christlicher Literatur ist aufgrund des familiären Drucks zwar besonders für Konvertiten gefährlich, laut Forum 18 aber offiziell zulässig.

Die Geschehnisse der letzten beiden Jahre haben bei Aytbek Tynaliyev tiefe Spuren hinterlassen. Er habe Angst und deshalb aufgehört, in sozialen Medien über seinen Glauben zu sprechen oder die offizielle Religionspolitik der Behörden infrage zu stellen, sagte er im Gespräch mit Forum 18.

Kirgisistan gehört nicht zu den 50 Ländern des [Weltverfolgungsindex 2023](#), in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Es gehört aber zum erweiterten Kreis der „Länder unter Beobachtung“.

Quellen: Forum 18, Open Doors (10.11.2023)

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/kirgisistan-haftstrafe-wegen-anstachelung-zu-religioeser-feindschaft?pk_campaign=NA&pk_kwd=20231110

Nepal: Erste Verurteilung nach Konversions-Verbot in der neuen Verfassung

Während er nach einer ungerechtfertigten Verurteilung wegen Proselytismus auf eine Gefängnisstrafe wartet, befürchtet Pastor Keshab Raj Acharya, dass sein Fall einen Präzedenzfall für die Behörden in Nepal schaffen wird, um andere Christen zu inhaftieren.

Der 35-jährige befürchtet, dass Polizei und Justiz seinen Fall als Beispiel anführen werden, um Christen wegen Proselytenmacherei oder Zwangsbekehrung auch ohne Beweise ins Gefängnis zu schicken.

"Wenn sich jemand bewußt zu Christus bekehrt, werden die Polizei und das Gericht die Person verurteilen, durch die dieser Gläubige die Botschaft von Christus und seiner Erlösung gehört hat", sagte Acharya gegenüber Morning Star News. "Wo zieht die Polizei/Justiz die Grenze zwischen 'Zwangsbekehrung' und 'freiwilliger Bekehrung'?"

Nachdem das Oberste Gericht Nepals am 13. Juli seine Verurteilung durch das Bezirksgericht Dolpa von zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 167 US-Dollar auf ein Jahr und eine Geldstrafe von 75 US-Dollar herabgesetzt hatte, verlor der Pastor am 6. Oktober eine Berufung beim Obersten Gerichtshof, um die Gefängnisstrafe oder die Geldstrafe aufzuheben. Der Oberste Gerichtshof lehnte es ab, seine Berufung zu prüfen.

"Bei der ersten Anhörung wurde unser Antrag vom Obersten Gerichtshof ohne einen Blick auf die Dokumente abgewiesen", sagte Pastor Acharya gegenüber Morning Star News. "Sie bestanden darauf, dass die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs endgültig sei und lehnten jede weitere Diskussion in dieser Angelegenheit ab."

Pastor Acharya nannte das Urteil vom 6. Oktober "unfair" und sagte, sein Anwalt werde erneut beim Obersten Gerichtshof Berufung einlegen.

"Die Betroffenen/ Zeugen sagten, dass ich sie nicht einmal aufgefordert habe, sich zu bekehren, sondern ihnen nur Traktate gegeben habe; sie haben sie gelesen und weggeworfen", sagte er. "Ich bin für etwas verurteilt worden, das ich nicht getan habe. Ich werde unnötigerweise ins Visier genommen, schikaniert und ins Gefängnis gesteckt".

Seine Verurteilung am 30. November 2021 war die erste Verurteilung wegen Bekehrung nach dem Strafgesetzbuch, das im August 2018 in Nepal in Kraft getreten ist.

Pastor Acharya, der weiterhin die Abundant Harvest Church in Pokhara leitet, bis er ins Gefängnis kommt, sagte, er mache sich Sorgen, wie seine Söhne, 5 und 4, auf seine lange Abwesenheit reagieren werden.

"Meine Kinder stehen mir sehr nahe", sagte er. "Sie sind es gewohnt, mich ein paar Tage oder eine Woche lang nicht zu sehen, wenn ich auf Dienstreisen gehe, aber ein ganzes Jahr ist eine lange Zeit."

Während seiner Dienstreisen würde er jeden Tag Videotelefonate mit seinen Kindern führen, aber das sei vom Gefängnis aus nicht möglich, sagte er. "Ich darf meine Familie nur gegen 10 Uhr morgens anrufen, und meine Kinder sind zu dieser Zeit in der Schule", sagte Pastor Acharya.

Die von ihm und seiner Frau geleitete Gemeinde hat 250 Mitglieder, die er jeden Tag betreut und zu Hause zum Gebet und Bibelstudium besucht.

"Wir waren zunächst sehr schockiert und tief traurig, aber dann haben wir uns entschlossen, die Zeit bis zu meiner Verhaftung so gut wie möglich zu nutzen", sagte er. "Obwohl das Urteil verkündet wurde, sind die Gerichtsbeschlüsse noch nicht veröffentlicht worden. Es ist Festivalzeit in Nepal, und zum Glück haben sie mich noch nicht verhaftet. Ich betrachte dies als eine Chance und als Gottes Vorsehung".

Seine Frau, Junu Acharya, wird in seiner Abwesenheit die Gottesdienste leiten. Sie sagte, die Polizei könnte plötzlich kommen und ihren Mann ins Gefängnis bringen.

"Was kann ich tun, wenn dieser Tag kommt, außer beten", sagte sie den Morning Star News. "Ich muss mich sowohl um die Kirche als auch um meine Kinder kümmern und für sie sorgen."

Hanok Tamang, Vorsitzender der National Churches Fellowship of Nepal (NCFN), sagte, die Feindseligkeit gegenüber Christen habe zugenommen. "Obwohl derzeit kein Pastor, Leiter oder Christ wegen Bekehrung im Gefängnis sitzt, können wir nicht vorhersagen, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird, da wir sehen, dass die antichristliche Stimmung und die Feindseligkeit allmählich zunehmen", sagte Tamang gegenüber Morning Star News.

Er lobte diejenigen, die im Stillen für ihren Glauben gelitten haben, und sagte, dass mehrere Pastoren, ihre Familienangehörigen und andere Führungspersonlichkeiten im Laufe der Jahre für ihren Glauben inhaftiert worden seien. "Der Herr hat ihre Gebete und Tränen und die vielen Jahre, die sie im Gefängnis verbracht haben, belohnt", sagte Pastor Tamang. "Aufgrund ihres unerschütterlichen Vertrauens in ihn ehrt und segnet Gott Nepal heute mit vielen kostbaren Seelen, die jeden Tag dem Leib Christi hinzugefügt werden. Wir grüßen jeden von ihnen, die Helden des Glaubens, die vor den Richtern Nepals standen, um den mächtigen Namen unseres Herrn zu bezeugen."

Nach der nepalesischen Verfassung vom September 2015 ist Evangelisierung verboten und hat dazu beigetragen, antichristliche Gefühle zu schüren. Die Verfassung und das 2018 in Kraft getretene nepalesische Strafgesetzbuch schränken die Religions- und Weltanschauungsfreiheit übermäßig ein und stellen Bekehrungsversuche unter Strafe, wodurch das Recht der Religionsgemeinschaften verletzt wird, die Lehren ihres Glaubens weiterzugeben, sagen christliche Führer.

Während Nepals neue Verfassung eine säkulare und demokratische Republik vorsieht, scheint ihre Definition von "säkular" den Hinduismus zu schützen, und Artikel 26 verbietet es jedem, eine Person von einer Religion zu einer anderen zu bekehren.

Obwohl die Evangelisierung in Nepal seit langem illegal ist, haben Interessengruppen seit 2018 eine verstärkte Durchsetzung und andere antichristliche Bemühungen festgestellt, da die Behörden versuchten, Hindus zu beschwichtigen, die darüber verärgert waren, dass die neue Verfassung dem Hinduismus keinen größeren Stellenwert einräumte. Nach dem neuen Strafgesetzbuch können Personen, die wegen Evangelisierung oder Zwangsbekehrung verurteilt werden, mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren und einer Geldstrafe von 50.000 Rupien (600 US-Dollar) belegt werden.

Artikel 26 (1) der nepalesischen Verfassung schützt die Religions- und Glaubensfreiheit und schließt das Recht ein, sich zu seiner Religion zu bekennen, sie auszuüben und zu schützen. Artikel 26 (3) schränkt jedoch ein: "Niemand darf in Ausübung des durch diesen Artikel verliehenen Rechts eine Handlung vornehmen oder vornehmen lassen, die gegen die öffentliche Gesundheit, den Anstand und die Sittlichkeit verstößt oder den öffentlichen Frieden stört, oder eine andere Person von einer Religion zu einer anderen bekehren oder eine Handlung oder ein Verhalten begehen, das die Religion eines anderen gefährden kann, und eine solche Handlung ist strafbar."

Die christliche Gemeinschaft Nepals wurde mit mehreren Fällen konfrontiert, die zeigen, wie leicht die Anti-Konversionsgesetze der Verfassung missbraucht werden können. Auch die Zahl der Übergriffe gegen religiöse Minderheiten, insbesondere Christen, hat seit 2018 erheblich zugenommen. Dazu gehören Bombenanschläge und Brandanschläge auf Kirchen, tätliche Angriffe auf Christen, falsche Anschuldigungen wegen angeblicher Evangelisation und Bekehrung sowie falsche Propaganda gegen Christen.

Durch die Kriminalisierung von Konversionen verstößt Nepal gegen die grundlegende Religions- und Glaubensfreiheit, die nicht nur in seiner Verfassung, sondern auch in mehreren internationalen Pakten garantiert ist, so Alliance Defending Freedom (ADF), die sich für die Religionsfreiheit einsetzt.

"Diese vage definierten Gesetze werden oft missbraucht, um Minderheiten zu schikanieren", heißt es in einer Presseerklärung der ADF. "Während die indische Verfassung die Religionsfreiheit eindeutig schützt, verbietet die nepalesische Verfassung den Versuch einer religiösen Bekehrung. Gleichzeitig hat Nepal den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet, einen internationalen Vertrag, der ausdrücklich die Religions- und Meinungsfreiheit schützt."

<https://morningstarnews.org/2023/11/pastor-in-nepal-fears-conviction-sets-ominous-precedent/>

Österreich: Die Welt in Rot für verfolgte Christen

Red Wednesday

• *Angetrieben von der Liebe Christi im Dienst an der notleidenden Kirche* •

Kirche in Not - Red Wednesday - Die Welt in Rot für verfolgte Christen

Um auf das Schicksal von Millionen verfolgten Christen weltweit aufmerksam zu machen, wurden im Rahmen der weltweiten Aktion „Red Wednesday“ in den vergangenen Jahren in vielen Ländern berühmte, öffentliche Gebäude, Kirchen und Klöster **blutrot** angestrahlt. Diese Aktion wird jedes Jahr vom internationalen katholischen Hilfswerk KIRCHE IN NOT durchgeführt.

Mit der Aktion soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass immer noch Millionen von Christen weltweit unterdrückt, bedroht und verfolgt werden. In Österreich findet der "Red Wednesday" heuer von Mittwoch,

den 15. November, bis Sonntag, den 19. November 2023,

statt. Auch heuer werden allein in Österreich rund 140 Kirchen, Klöster und öffentliche Gebäude, wie der Stephansdom, die Karlskirche in Wien, Stift Admont, Stift St. Florian, Stift Geras und das Parlament rot angestrahlt.

Mehr Informationen finden Sie auf der Webseite www.red-wednesday.at

Nehmen auch Sie am Red Wednesday teil!

Jeder kann am Red Wednesday teilnehmen. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen und geben unseren verfolgten Brüdern und Schwestern eine Stimme.

Wie können Sie teilnehmen:

- Beten Sie für verfolgte Christen. Wir bieten hierfür [Gebete](#) und ein [Lesezeichen mit Gebet](#) an.
- Tragen Sie ein rotes Kleidungsstück
- Hängen Sie unsere [Red Wednesday-Kerze](#) in Ihr Fenster.
- Nutzen Sie soziale Medien, um auf den Aktionstag hinzuweisen.
- Nehmen Sie an einem der zahlreichen Gottesdienste für verfolgte Christen teil. Auf unserer interaktiven Landkarte unter www.red-wednesday.at finden Sie alle teilnehmenden Pfarren und Veranstaltungen.

Spezielle Events zum Red Wednesday in Österreich.

Herzliche Einladung!

- Am Mittwoch, den 15. November 2023, wird um 18:00 Uhr eine Heilige Messe in der rot bestrahlten Karlskirche in Wien gefeiert. Pfarrer Dr. Ikenna Okafor, ein Priester aus Nigeria und Pfarrer in Niederösterreich wird die Predigt halten.
- Vor der Heiligen Messe in der Karlskirche am 15.11.2023 findet um 17.00 Uhr vor dem Stephansdom in Wien eine Gedenkaktion statt.
- In Dechantskirchen – Pfarrverband Vorau/Stmk - startet um 19:00 Uhr ein Schweigemarsch und endet mit einer Wortgottesfeier in der rot beleuchteten Kirche. Diözesanbischof Dr. Wilhelm Krautwaschl wird den Schweigemarsch anführen.

Setzen Sie ein Zeichen gegen Christenverfolgung!

Sri Lanka: „Ich liebe Jesus, aber ich will auch meinen Vater zurück!“

Der Glaube an Jesus wird für eine Familie zur Zerreißprobe

(Open Doors, Kelkheim) – Seit drei Jahren gehen Shani*, Sasha* und ihre Mutter Neera* heimlich zur Kirche. Sie wechseln sich ab, um nicht entdeckt und ein weiteres Mal angeschrien und verprügelt zu werden. Denn für ihren Vater, einen strenggläubigen Hindu, ist ihr Schritt unerträglich: Seine eigene Familie hat mit den alten Traditionen gebrochen und hängt jetzt „einem fremden Gott“ an. Die Familie braucht unser Gebet.

Heimlich zum Gottesdienst

Shani (21) und Sasha (16) wuchsen als Hindus auf. Vor etwa 4 Jahren kamen Neera und ihre beiden Töchter mit dem Evangelium in Berührung und entschieden sich, Jesus nachzufolgen. Sie begannen, jeden Sonntag zum Gottesdienst zu gehen. Sie wollten in ihrem neuen Glauben wachsen und Gemeinschaft mit anderen Christen haben. Ihr Vater lebte zum Zeitpunkt ihrer Bekehrung im Ausland und hatte zunächst nichts dagegen, dass seine Frau und seine Töchter eine Kirche besuchten. Das änderte sich allerdings, als er nach Sri Lanka zurückkehrte.

Nach einiger Zeit begannen die Kirchenbesuche seiner Familie ihn zu verärgern, so dass er ihnen befahl, künftig sonntags zu Hause zu bleiben. Doch dazu waren seine Frau und seine Töchter nicht bereit. Ihre Weigerung, seiner Aufforderung als Ehemann und Vater zu folgen, machte ihn noch wütender. Er drohte: „Wenn ihr nicht aufhört, zur Kirche zu gehen, werde ich dieses Haus verlassen!“

Da sie ihren Vater nicht verlieren wollten, begannen die Mädchen und ihre Mutter Mitte 2020, die Gottesdienste nur noch heimlich und nie mehr gemeinsam zu besuchen. Während dieser Zeit wurden sie gezwungen, hinduistischen Göttern Opfergaben zu bringen; aber ihre Liebe zu Christus blieb ungebrochen.

Im vergangenen Juni (2022) erfuhr der Vater durch einen Cousin der beiden Mädchen von den heimlichen Kirchenbesuchen. Wütend über diese Neuigkeit kam er nach Hause und verprügelte Neera und ihre Töchter. Am nächsten Morgen verließ er das Haus.

„Ich fange an, es zu hassen, zu Hause zu sein“

Doch auch aus der Ferne übte der Vater weiter Druck aus. Per Telefon drohte er mehrfach damit, sich umzubringen, wenn sie nicht aufhörten, in die Kirche zu gehen. Die Mädchen waren hin- und hergerissen. „Ich liebe Jesus“, erzählte Shani. „Aber ich will auch meinen Vater zurück!“

Etwa eine Woche später kehrte er nach Hause zurück. Aber die Spannungen im häuslichen Zusammenleben blieben und sind für die Mädchen schwer zu ertragen. Sasha schildert: „Papa bleibt im Wohnzimmer, und wir bleiben in unserem Zimmer. Wir reden nicht miteinander. Ich fange an, es zu hassen, zu Hause zu sein.“

Für ihre sonntäglichen „Ausflüge“ treffen sie besondere Vorsichtsmaßnahmen: „Wenn ich aus dem Haus gehe, ziehe ich mich so an, als würde ich zum Unterricht gehen. Später ziehe ich mich um und gehe dann in die Kirche“, erklärt Sasha. Doch trotz dieser Herausforderungen halten Neera, Shani und Sasha an ihrer Entscheidung fest, Jesus nachzufolgen.

Unsere lokalen Partner haben sich mit den dreien getroffen, um für sie zu beten und sie im Glauben zu stärken.

*Name geändert

Quelle: Open Doors Deutschland

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/sri-lanka-ich-liebe-jesus-aber-ich-will-auch-meinen-vater-zurueck?pk_campaign=GM&pk_kwd=20231115

Togo: Ministerium für Jugend warnt vor Drogenkonsum in Schulen

Lomé (Fides) - Das togolesische Jugendministerium schlägt Alarm und beklagt den zunehmenden Drogenkonsum bei Jugendlichen zwischen 12 und 24 Jahren. Seit Anfang des Jahres hat die Regierung ihre Bemühungen zur Bekämpfung des Problems verdoppelt und in den Lehrplan der Schulen echte Lektionen aufgenommen, um die Jugendlichen gegen alle Formen der Sucht zu sensibilisieren.

Es geht dabei aber nicht nur um den Konsum von Cannabis und das Arzneimittel Tramadol, eine Droge aus der Gruppe der Opioide, die in ganz Afrika zu einer echten Geißel geworden ist, weil sie bei Jugendlichen und jungen Studenten in Togo eine schwere Abhängigkeit verursacht.

Nach Angaben des Vereins "Blu Cross of Togo Association" sind die Pädagogen professionelle Psychologen, die den Schülern vor allem die Gefahren der neuen synthetischen Drogen erläutern, die in verschiedenen Formen wie Bonbons, Süßigkeiten oder Pillen verkauft werden. Die Lehrer gehen auf die Folgen ein, die diese Drogen haben und die bei den Konsumenten zu unkontrollierbaren Reaktionen führen.

Einem Bericht eines Mitarbeiters des Vereins zufolge werden einige der Schüler, selbst unter den Teenagern, bereits nach der ersten Dosis von synthetischen Drogen abhängig: "Wir haben oft veränderte Gemütszustände festgestellt", sagte er. In der Hauptstadt Lomé steigt unterdessen die Zahl der Schulabbrecher unter den Jugendlichen, die in 18 ärmeren Stadtvierteln oder Vororten leben, weiter an: Die lokalen Behörden bemühen sich um die Wiedereingliederung dieser Jugendlichen in die Gesellschaft durch Experten, die auf die Straße gehen, um mit Betroffenen zu sprechen, anstatt Zwangsmaßnahmen anzuwenden, und es scheint, dass diese neue "Wirkung" zu einem Rückgang der Abhängigkeiten um 30 % führt.

(AP) (Fides 10/11/2023)

Vietnam: Montagnard-Kirchenmitglieder freigelassen

International Christian Concern - Nach fünf Tagen Verhaftung, Verhör und Zwangsarbeit wurden vier protestantische Montagnard-Kirchenmitglieder aus dem Gefängnis im Bezirk Cu M'gar, Region Dak Lai, Vietnam, entlassen.

Montagnard ist der Oberbegriff für die indigene Bevölkerung des zentralen Hochlandes von Vietnam. Viele Montagnard-Familien in Dak Lai sind gläubige Protestanten, die keiner der staatlich sanktionierten religiösen Gruppen angehören, die im kommunistisch regierten Vietnam erlaubt sind.

Radio Free Asia berichtete, dass die vier Christen in Dak Lai, als sie freigelassen wurden, von den Polizeibehörden aufgefordert wurden, ihren christlichen Glauben nicht mehr zu praktizieren. Die vier Montagnards erklärten jedoch, dass sie ihre Religion weiterhin ausüben werden.

Die Gruppe hatte sogar eine Einladung an den derzeitigen vietnamesischen Präsidenten Vo Van Thuong (von der Kommunistischen Partei des Landes) ausgesprochen, an einem ihrer Gottesdienste teilzunehmen, um ihren Glauben und ihre Praktiken zu beobachten. Damit setzt sich der Kampf vieler indigener Montagnards im zentralen Hochland fort, von denen viele zum Christentum konvertiert sind, um ihren Glauben zu praktizieren und sich zum Gottesdienst zu versammeln.

ICC begrüßt die Freilassung dieser vier indigenen Gläubigen, und wir sind ermutigt durch den Mut und die Standhaftigkeit dieser vietnamesischen Christen. Wir werden weiterhin Wege finden, um für diese Montagnard-Gläubigen einzutreten und sie dabei zu unterstützen, ihren Glauben frei auszuleben.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Weltweit: 12. November – Weltweites Gebet für verfolgte Christen

Die Evangelische Allianz in Deutschland ruft zur Teilnahme auf

Bad Blankenburg (IDEA) – Die Evangelische Allianz in Deutschland (EAD) ruft zur Teilnahme am Weltweiten Gebetstag für verfolgte Christen am 12. November auf. „Kein Mensch auf dieser Welt darf wegen seines Glaubens benachteiligt, verfolgt oder getötet werden“, erklärte der Vorstand und Politikbeauftragte der EAD, Frank Heinrich (Berlin), in einer Pressemitteilung. Er wird am 12. November um 12.30 Uhr am Nürnberger Kornmarkt auf einer Kundgebung für Religionsfreiheit sprechen. „Auch dieses Jahr fallen die Berichte der Verfolgung von Christen sehr bedrückend aus“, so Heinrich. Er höre immer wieder von Glaubensgeschwistern, die ihre Familie, ihr soziales Umfeld und ihre Existenzgrundlage verlieren oder um ihr Leben fürchten müssen. Dieses Leid sei von einem beispielsweise in Deutschland aufgewachsenen Christen kaum vorstellbar und ertragbar, so Heinrich. Alarmierend sei, dass ihn laufend neue Berichte von Menschenrechtsverletzungen erreichen, auch aus wachsenden und lebendigen Gemeinden in jenen Ländern, in denen Christen systematisch verfolgt oder unterdrückt werden. Ferner positioniert er sich klar gegen den zunehmenden Juden Hass in Deutschland: „Wir sagen zudem ein deutliches ‚Nein‘ zu jeder antisemitischen Äußerung oder Handlung in Deutschland.“ Frank Heinrich bildet zusammen mit Reinhardt Schink eine Vorstands-Doppelspitze. Die EAD mit Sitz im thüringischen Bad Blankenburg hat ein [Heft](#) zum Weltweiten Gebetstag für verfolgte Christen veröffentlicht. Dabei liegt der Fokus auf den Ländern Eritrea, Indien und Mosambik. Die EAD – das Netzwerk der evangelikalen Bewegung in Deutschland – hat an rund 900 Orten Allianzkreise. Die Evangelische Allianz wurde 1846 in London gegründet.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]